

Bundestag vor Ort

Öffentliche Diskussion zum Thema Sport

19. Mai 2009, 18:30 Uhr, Stadthaus, Markt 1

Dr. André Brie
EU zwischen Integrations-
anspruch und Renationali-
sierungsgefahr

Seite -3-

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

9. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

05. Mai 2009

Hallesche Freunde der Völker der ehemaligen Sowjetunion e.V.
Basisorganisation "Erich Voigt", DieLinke

Anlässlich des 64. Jahrestages der Befreiung unseres Volkes vom Hitlerfaschismus durch die Antihitlerkoalition führt der Verein "Hallesche Freunde der Völker der ehemaligen Sowjetunion e.V."

**am Freitag, dem 8. Mai 2009, 17 Uhr,
auf dem Südfriedhof**

an den Gräbern der gefallenen Sowjetsoldaten und der Gedenkstätte der Antifaschisten eine Kranzniederlegung durch.

Wir gedenken an diesem Tag der gefallenen Soldaten der Antihitlerkoalition zur Befreiung unserer Heimat und den Kämpfen gegen Gewaltherrschaft.

Treffpunkt der Teilnehmer:

16:45 Uhr, am Haupteingang, Huttenstrasse



Landesverband der Verfolgten des Naziregimes und der Antifaschistinnen und Antifaschisten Sachsen-Anhalt (VdN - BdA) e.V.

Der Landesvorstand der Verfolgten des Naziregimes und der Antifaschistinnen und Antifaschisten Sachsen-Anhalt rufen die Vertreter aller Parteien und Organisationen sowie die Bürger der Stadt Halle auf, sich an der

**Kranzniederlegung am Freitag, dem 8. Mai 2009, dem Tag der Befreiung,
um 10 Uhr auf dem Gertraudenfriedhof zu beteiligen.**

Wir ehren an diesem Tag die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und gedenken der Befreiung vom Naziregime durch die Antihitlerkoalition.

An der Gedenkstätte der Nationen, auf dem Gertraudenfriedhof in Halle, spricht Herr Thomas Lippmann, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Worte des Gedenkens.

Treffpunkt der Teilnehmer:

9:45 Uhr, Haupteingang zum Gertraudenfriedhof, Landrain 25

Im Anschluss ist ein Gang zum Ehrenmal der Gefallenen der Sowjetarmee vorgesehen.

Möge dieses Bekenntnis zu unserer Geschichte ein Beitrag im gemeinsamen Kampf gegen alle rechtsextremistischen Erscheinungen in unserem Lande sein.

Aus der Stadtratssitzung am 29. April. 2009

Schon in der Bürgerfragestunde ging es mit Protesten zur Sache! Bestimmendes Thema war natürlich die geplante Sanierung des „Kurt Wabbel-Stadions“. Bemerkenswert sei an dieser Stelle auch, dass bereits im Vorfeld der Stadtratssitzung bei der Geschäftsstelle des Stadtverbandes als auch in unserer Fraktion, E-Mails eingingen und Anrufe, die uns nahelegten, unseren Änderungsantrag zu dieser Vorlage zurückzunehmen. Und eben auch in der o. g. Einwohnerfragestunde vor dem Stadtrat war das ein Thema! Was war los?

Unsere Fraktion hatte sich am Montag vor der Stadtratssitzung noch einmal eingehend mit der Thematik beschäftigt. Um es gleich noch einmal an dieser Stelle auszudrücken: Die absolute Mehrheit unserer Fraktion hat sich zum Stadionumbau bekannt und hatte auch nicht vor, mit einem Änderungsantrag hier eine gegenteilige Meinung einzubringen. Wir haben einen Änderungsantrag formuliert, der allerdings eine Änderung zum vorgelegten Entwurf der Vorlage der Stadtverwaltung beinhaltete. Die Stadtverwaltung favorisierte die bauliche Lösungsvariante C (vierte Ausbauvariante) als Referenzentwurf für den Umbau des Stadions. „Für sämtliche Maßnahmen an Stadion und funktionsbedingten Nebenanlagen wird ein Betrag von 17,5 Mio. Euro angesetzt“, hieß es im Beschlusstext weiter.

Unser Änderungsantrag sah vor, die bauliche Lösungsvariante C3 (dritte Ausbaustufe) zuzüglich eines Kunstrasenplatzes (er ist in der Variante C3 nicht enthalten) als Referenzentwurf zu beschließen. Für sämtliche bauliche Maßnahmen am Stadion und den Nebenanlagen

sollte hier ein Betrag von 15,9 Mio. Euro netto angesetzt werden. Damit hätte - nach unserem ursprünglichen Entwurf - das Stadion nur 10 000 Plätze, nicht 15 000, wie im Vorschlag der Verwaltung. Unsere Überlegungen waren fiskalische Gründe. Die Erfahrungen zeigen (leider!!!), dass bei vielen Investitionen der Vergangenheit die geplanten Kosten nie eingehalten wurden! Wir wollten mit unserem Änderungsantrag sicher gehen, dass die geplante Summe auf jeden Fall nicht überschritten wird und gern hätten wir auch gesehen, dass wir mit dem „eingesparten“ Geld bei „unserer“ Variante weitere Sportstätten der Stadt Halle (Saale) unterstützt hätten. Bodo Meerheim argumentierte, „Es ist unsere Pflicht, über den Tellerrand zu schauen. Es gibt weitere Sportstätten und Vereine mit großen Sorgen!“. Zwei Stunden wurde hart gerungen, argumentiert, manches Mal auch leicht „unter der Gürtellinie“! Von der CDU-Fraktion kam dann ein Kompromissvorschlag, der unsere Grundintentionen, nämlich die Kostensicherheit, aufnahm. Beschlossen wurde nun mit Mehrheit im Stadtrat, dass zwar die „15 000 Zuschauer-Variante“ bevorzugt wird, sollte sich aber zeigen, dass die Variante deutlich mehr als 17,5 Mio. Euro kosten wird, wird die Variante der „10 000-Zuschauer“ umgesetzt. Es war eine schwierige Entscheidung!!

Keine Diskussionen gab es aber zur Vorlage „Ballsporthalle“. Zwei Standorte werden jetzt geprüft: der Standort Neustadt und das Kreuzvorwerk!

Einig waren sich alle Fraktionen darin, dass die Oberbürgermeisterin zu beauftragen, gegenüber dem

Landesverwaltungsamt form- und fristgemäß Widerspruch gegen dessen Beanstandungsbescheid der vom Stadtrat Halle (Saale) am 25. 02. 2009 beschlossenen Haushaltsatzung der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2009 einzulegen.

Zahlreiche Diskussionen gab es auch zur Vorlage „Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II“. Für die Summe von 4,8 Mio. Euro kann die Stadt Halle (Saale) selber Entscheidungen für die Prioritäten fällen. Unsere Fraktion wollte, dass die Sanierung der Eissporthalle auf der Priorität 1 gesetzt wurde, konnte sich aber mit dem Antrag nicht durchsetzen. Die Sanierung der Eisporthalle „optional“ ist aber noch enthalten. Durch Anträge im Stadtrat, die wir an dieser Stelle auch unterstützten, wurde die Sanierung des Nordbades aufgenommen. Weiterhin sind die Erneuerung der Fenster der Pestalozzischule, die Sanierung der Schlosserei der Oper, Sanierung von Straßen im Dünnschichtverfahren und die Sanierung des Druckereigebäudes Stadtmuseum aufgenommen worden. Insgesamt hofft die Stadt Halle auf viel mehr Geld, für 230 Millionen Euro sind Projekte bei der Landesregierung eingereicht wurden.

Der Beschluss zur Umgestaltung des Bahnhofes Neustadt wurde genauso wie der Beschluss des Umbaus der Ammendorfer Ortsfeuerwehr und der Zweckvereinbarung zum Rettungsdienst ohne Diskussionen angenommen.

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten kann gern bei uns nachgefragt oder einfach mal in die Unterlagen geschaut werden.

Ute Haupt

Dr. André Brie

EU zwischen Integrationsanspruch und Renationalisierungsgefahr

Die europäische Integration wird aus drei unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften Richtungen bedroht: Zum einen vom fortlebenden und wieder erstarkenden Nationalismus. Zum anderen haben die Regierungen den realen Widerspruch und die erforderliche Einheit von geografischer Erweiterung und Vertiefung der Integration so sträflich unzureichend beantwortet, dass die Erweiterung bereits zur realen Bedrohung für den Bestand, erst recht für die Vertiefung der Integration geworden ist. Schließlich, und das ist die tatsächlich machtvollste Bedrohung, ist es der seit den achtziger Jahren (Einheitliche Europäische Akte 1987, Vertrag von Maastricht 1992) zur Vertragsgrundlage avancierte neoliberale Markt- und Wettbewerbsradikalismus, der die europäische Integration in ihrer Grundsubstanz gefährdet. Er stellt im Zuge seiner Durchsetzung und Weiterführung bis hin zur Lissabon-Strategie von 2000 und dem aktuellen Vertragsentwurf die europäische Einigung in Frage. Die Linke lehnt ihn zu Recht als Angriff auf das europäische Sozialmodell (die unterschiedlichen europäischen Sozialmodelle) ab; sie hätte auch Grund, ihn als Bedrohung der europäischen Integration abzulehnen. Die Alternative ist die Wiedergewinnung der Idee der europäischen Einigung für die Bürgerinnen und Bürger durch eine europäische Sozialunion.

ad personam: Dr. André Brie ist Mitglied des Europaparlaments. In der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke hat er die Arbeitsschwerpunkte Sicherheits-, Außen-

und Verteidigungspolitik. André Brie studierte von 1971 bis 1976 Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg und war von 1976 bis 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter an diesem Institut, zuletzt Dozent und Lehrstuhlleiter für Fragen der europäischen Sicherheit und Abrüstung.

Seit 1990 engagiert er sich politisch in der PDS und später der LINKEN, war bis 1999 und 2004 deren Wahlkampfleiter, zeitweilig stellvertretender Bundesvorsitzender und bis 1997 Vorsitzender der PDS-Grundsatzkommission.

Seit 1999 ist er Mitglied des Europaparlaments.

Öffentlicher Vortrag in der Reihe „Hochschule - Politik - Gesellschaft“, veranstaltet von der GEW-Hochschulgruppe an der MLU und dem Wahlkreisbüro Hendrik Lange, MdL (DIE LINKE)

Termin: 13.05.09, 19 Uhr

Ort: Universitätsplatz, Löwengebäude, HS XIII (2. OG)

Bundesregierung bleibt Antwort auf Krise schuldig

Zur politischen Debatte über die Folgen der Konjunkturprognose der Bundesregierung erklärt Oskar Lafontaine, Vorsitzender von Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE:

Wirtschaftsminister zu Guttenberg hat zwar die bisherige, unrealistische Wachstumsprognose der Bundesregierung von -2,25 Prozent auf jetzt -6 Prozent korrigiert. Realitätsfremd aber bleibt seine Analyse: Er führt das größte Minus in der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte auf den „scharfen Einbruch der vergangenen Monate“ zurück und spricht davon, dass man diesen im Verlauf des Jahres nicht mehr ausgleichen könne. Damit unterstellt er, dass die Wirtschaft bereits wieder auf Erholungskurs sei. Das ist fahrlässig. Denn die negativen Auswirkungen des „scharfen Einbruchs der vergangenen Monate“ auf Beschäftigung und Einkommen folgen erst.

Die Regierung setzt weiter auf das Prinzip Hoffnung und rettet sich über die Ungereimtheiten ihrer Analyse mit den bekannten Sprüchen über die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft hinweg. Sie verlässt sich dabei ganz offen darauf, dass das Ausland die deutsche Wirtschaft aus dem Sumpf zieht. Die Weltwirtschaft würde bald schon wieder zu wachsen beginnen. Selbst will sie dafür nichts weiter tun und schimpft trotz des größten wirtschaftlichen Einbruchs über den „Unsinn, ein drittes Konjunkturprogramm zu fordern“.

Dass diese Wirtschaftspolitik auf den Rücken der Arbeitnehmer, Rentner und Empfänger sozialer Leistungen ausgetragen wird, zeigen die von zu Guttenberg vorgetragene Erwartungen der Bundesregierung zum Anstieg der Arbeitslosigkeit. In diesem Jahr gehen CDU/CSU und SPD von einem Anstieg von 450.000 Arbeitslosen aus, im nächsten Jahr noch einmal um 900.000. Wie kann eine Regierung bei einem erwarteten Anstieg der Arbeitslosigkeit um über 1,3 Millionen sich zurücklehnen und abwarten, dass das Ausland es schon richten werde? Das ist unverantwortlich.

3 Wochen und 48 Stunden

Auch unseren Stadtverband stellen die Kommunal- und Europawahlen am 07.06.2009 vor besondere Herausforderungen. 3 Wochen, 48 Stunden, das ist die Strategie für unsere Wahlvorbereitung. Ziel ist es, mit möglichst vielen Hallenserinnen und Hallensern ins Gespräch zu kommen, ihnen unsere Schwerpunkte der kommenden Jahre vorzustellen und sie zu gewinnen, für unsere Partei zu stimmen.

Die Grundlagen dafür, Wahlprogramm und unsere 26 Kandidaten, stehen. So kamen die Vertreter der Basisorganisationen am 30.04.2009 zusammen, um den Wahlkampf in Halle zu beraten. Bereits im November hatten sich die Basisvertreter in einer gemeinsamen Beratung mit Landes- und Stadtvorstand dazu entschlossen, das erfolgreiche Brandenburger Wahlkonzept 2008 auch in Halle umzusetzen.

DIE LINKE Halle wird zur Kommunalwahl mit nur einem Printwerbemittel, ihrer Wahlzeitung, in Halle auftreten. In ihr werden alle Kandidaten sowie die Schwerpunkte des Wahlprogrammes vorgestellt. Die Wahlzeitung erscheint in einer Auflage von 80.000 Exemplaren. Wir haben uns vorgenommen, sie in alle Haushalte zu verteilen. Die Beratung am 30.04.09 zeigte eine große Bereitschaft der Basisorganisationen, hierbei mitzuwirken. Für die Stadtteile, wo nur mit großem organisatorischem Aufwand eine Verteilung möglich ist, wird eine Firma mit der Verteilung beauftragt. Auch das ist Bestandteil des Wahlkonzeptes, die Kräfte nicht zu verschleifen, sondern dort zu kon-

zentrieren, wo eine direkte Ansprache der Bürgerinnen und Bürger möglich ist. Die Wahlzeitung soll ab 16.05.09 verteilt werden, die Verteilung sollte am 25.05.09 abgeschlossen sein. Beachtet werden muss, dass an manchen Tagen, durch kostenlose Werbezeitungen die Briefkästen bereits „überquellen“ und die Gefahr besteht, dass unsere Zeitung nicht beachtet wird. Deshalb ist auch der Wochentag der Verteilung nicht bedeutungslos. Einige Basisorganisationen kombinieren Zeitungsverteilung mit Infoständen und Plakatierung im Wohngebiet. Das macht es möglich, die Präsenz der Partei zu erhöhen.

Natürlich darf sich niemand von der Wahlzeitung Wunder versprechen, sie ist ein Hilfsmittel und ersetzt nicht Gespräche an Infoständen, im Verein, der Familie und im Wohnumfeld. Es ist wichtig, durch persönliche Ansprache der Menschen auf die Bedeutung der Wahl hinzuweisen und für unsere Ziele zu werben. Deshalb nahm auch die Planung der Infostände einen wichtigen Raum in der Veranstaltung ein. Zahlreiche Basisorganisationen planen eigene Stände in ihrem Wohngebiet, so dass ein Auftritt der LINKEN in ganz Halle gewährleistet wird.

Unser Wahlprogramm wird in einer Auflage von 2.000 Stück gedruckt, es ist kein Massenwerbemittel, sondern soll all jenen zur Verfügung gestellt werden, die intensiven Informationsbedarf haben. Der Stadtvorstand wird das Programm an Vereine, Verbände und Institutionen versenden, um so auf unsere Standpunkte hinzuweisen.

Das Wahlprogramm steht ab 06.05.09 zur Verfügung.

Es wird 5 Plakate geben, die unsere Schwerpunkte Bildung, Kommunal Finanzen, öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Gerechtigkeit visuell unterstützen. Sie ergänzen die vom Bundeswahlbüro unter dem Motto „Hier und in Europa“ zur Verfügung gestellten Großaufsteller. Die Plakate werden ab 11.05.09 bereit stehen und sollen vor allem dort aufgehängt werden, wo sie von Fußgängern wahrgenommen werden können. Dafür werden noch Helfer gesucht, die mit ihrem Fahrzeug Plakatertouren fahren oder beim Aufhängen behilflich sind.

Zunehmende Bedeutung im Wahlkampf hat auch das Internet, auf der Seite www.dielinke-halle.de werden unser Wahlprogramm und unsere Kandidaten vorgestellt.

Die Koordination der Wahlvorbereitung haben im Stadtvorstand Henriette Quade und Ute Haupt übernommen, sie sind Ansprechpartner für die Basis und führen den zentralen Wahlkalender.

Ein wichtiger Höhepunkt unseres Wahlkampfes ist die Wahlveranstaltung mit Lothar Bisky und Gregor Gysi, die am 02.06.09 ab 18:00 Uhr im „Krug zum Grünen Kranze“ stattfindet.

Einige Genossinnen und Genossen brachten zum Ausdruck, dass sie in Anbetracht des angelaufenen Wahlkampfes der anderen Parteien „nervös“ sind. „Ob wir nicht zu spät mit unseren Materialien herauskommen oder zu wenig haben?“ Ich denke, nein. Es kommt nicht auf die Masse der Materialien an, sondern auf deren Inhalt und Qualität. Viele Wählerinnen und Wäh-

ler treffen ihre Entscheidung, ob sie zur Wahl gehen und wen sie wählen, in der letzten Woche vor der Wahl, da müssen wir präsent sein, zu diesem Zeitpunkt müssen wir unsere Angebote unterbreiten. Wichtig ist, dass wir im Wahlkampf

zusammenstehen und uns nicht von „heißer Luft“ anderer Parteien leiten lassen. Es gilt im Wahlkampf dasselbe, wie im Leben auch, aufpassen, was anders ist. Und dass wir LINKEN für andere Ziele als die restlichen Parteien stehen,

darin habe ich keinen Zweifel. Das im Wahlkampf zu vermitteln ist unsere Aufgabe. Gehen wir es gemeinsam, geschlossen, konsequent und original sozial an.

Swen Knöchel

Abgeschrieben

Das Problem ist nicht, dass die SPD Themen klaut und sich nun Ziele auf die Fahnen schreibt, für die wir seit langem eintreten und verhöhnt werden. Das Problem ist die völlige Unglaubwürdigkeit der SPD. DIE LINKE hat es mit Mindestlohn, wirklicher Gesundheitsreform, Rentengerechtigkeit, Kampf gegen Kinderarmut und vielen anderen politischen Anliegen stets ernst gemeint und meint es weiter ernst.

Seit längerem beweisen es Wahlergebnisse, Umfragen und Statistiken: Die SPD verliert an Zustimmung und dramatisch an Mitgliedern. Die Partei hat sich deshalb einen strikten Sparkurs verordnet. Wie dieser aussieht, konnte am vergangenen Wochenende im Berliner Tempodrom besichtigt werden. Weil sich die Sozialdemokraten zu ihrer Parteiaktivtagung kein Bühnenbild leisten konnten, musste der Kanzlerkandidat - von Fans umringt - fremdelnd den Barack Steinmeier geben, als Wahlprogramm wurde eine Abschrift von Papieren der politischen Konkurrenz vorgelegt und es wird gemunkelt, dass die SPD auch auf einen eigenen Wahlkampfsong verzichten will. Angeblich laufen im Stillen Verhandlungen mit den Prinzen zu deren Titel „Alles nur geklaut“. Selbst die Steuererklärung auf dem Bierdeckel erlebt eine Wiedergeburt, nun allerdings als Postkarte, denn wie sagt Steinmeier: Kante

zeigen!

Ja, gerade wir von der LINKEN reiben uns die Augen, was nun alles auf der sozialdemokratischen Agenda steht: die Senkung des Einkommenssteuersatzes und die Anhebung des Spitzensteuersatzes, der Mindestlohn und die kostenfreie Kinderbetreuung, die Börsenumsatzsteuer und weitere Segnungen. Diesen Themenklau können wir von der LINKEN nur begrüßen. Es ist doch prima, wenn sich die SPD nun Ziele auf die Fahnen schreibt, für die wir seit langem eintreten. Da könnten wir glatt vergessen, wie wir jahrelang für derartige Forderungen verhöhnt worden sind, „Populismus“ und „nicht finanzierbar“ waren noch vergleichsweise harmlose Vorwürfe. Da wir es mit Mindestlohn, wirklicher Gesundheitsreform, Rentengerechtigkeit, Kampf gegen Kinderarmut und vielen anderen politischen Anliegen stets ernst gemeint haben und weiter ernst meinen, würden wir natürlich gemeinsam mit der Sozialdemokratie lieber für diese Ziele statt ums Copyright für die Ideen kämpfen. Das eigentliche Problem ist aber die völlige Unglaubwürdigkeit der SPD. Was uns also angesichts des Wahlprogramm-entwurfes der SPD einmal mehr skeptisch werden lässt, ist deren politische Praxis. Der Wert von Wahlversprechen ist in der laufenden Legislaturperiode zu erleben. Beispielsweise mit der Mehrwert-

steuererhöhung oder dem zum Jobwunder verklärten Anstieg der prekären Beschäftigung sind grandiose Wahlkampflügen von Union und SPD verbunden. Wie ausgeprägt die Bereitschaft der Müntefering-Truppe ist, aus scheinbaren linken Mehrheiten politisches Kapital zu schlagen, erleben wir im Bundestag und erlebten wir in Hessen. Viele der Versprechungen aus dem sozialdemokratischen Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 könnten umgehend Wirklichkeit werden, sprich bei entsprechendem Willen sofort im Bundestag beschlossen werden. Börsenumsatzsteuer oder Mindestlohn, um nur zwei Beispiele zu nennen, wären von heute auf morgen im höchsten Parlament abzustimmen und zu beschließen. Hier jedoch folgt die SPD dem Münchner Modell. Die CSU hatte im Landtagswahlkampf vehement die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale gefordert, diesem Vorhaben allerdings zeitgleich im Bundestag die Zustimmung verweigert. Die SPD verspricht im Wahljahr 2009 fast allen fast alles. Da ist sie natürlich auch nicht wählerisch hinsichtlich eventueller Koalitionspartner. Das können vielleicht die Grünen sein, das können vielleicht die Liberalen sein, und die Große Koalition ist ja so schlecht auch nicht... Wer so beliebig ist, stellt sich selbst ins Aus, oder anders gesagt: Wer überall abschreibt, hat sich selbst schon abgeschrieben!

Dietmar Bartsch

Petra Sitte ist Spitzenkandidatin in Sachsen-Anhalt

(sk) „Wenn wir also in den nächsten Wochen für einen Wahlerfolg bei den Kommunal- und Europawahlen kämpfen, geht es eben nicht schlechthin darum, als Partei stärker zu werden und unser Gewicht zu vergrößern, sondern es geht darum, politische Alternativen zu der Politik, die zu Krise und Rezession geführt hat, durchsetzungsfähig zu machen. Diese Verantwortung bedeutet, mit alternativen Konzepten, verlässlichen Grundsätzen und kompetentem Personal den Wählerinnen und Wählern in Sachsen-Anhalt ein überzeugendes politisches Angebot zu unterbreiten.“ So begann Wulf Gallert, seine Ansprache an die Delegierten des Landesparteitages, welcher den landesweiten Auftakt für das Wahljahr 2009 war. Wulf Gallert forderte: „Natürlich wissen wir, dass vor allem in den Kommunen politische Spielräume oftmals eingeschränkt sind und politische Grundsätze selten eins zu eins in alternative Konzepte münden können. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, dort, wo DIE LINKE antritt, egal, ob für einen Ortschaftsrat oder für das Europa-Parlament, sie für die Menschen erkennbar sein muss. Erkennbar als die original soziale Kraft, erkennbar als engagierte Streiterin für die Menschen, deren Lebensqualität und Lebenschancen in dieser Gesellschaft zunehmend beschnitten werden. Hier ist Glaubwürdigkeit in doppeltem Sinne gefragt. Zum einen Glaubwürdigkeit in unserem Bestreben für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft als Alternative zur neoliberalen Ellenbogengesellschaft.

Glaubwürdigkeit allerdings auch bei der Umsetzbarkeit unserer politischen Konzepte und Positionen, Glaubwürdigkeit in dem Sinne, dass die Wähler vor Ort uns nicht nur abnehmen, die richtigen Dinge zu wollen, sondern diese auch umsetzen zu können. Diesen Beweis wird jede und jeder unserer fast 1.500 Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehenden Kommunalwahlen selbst erbringen müssen. Aber

tigkeit.

Danach war es die Aufgabe der Vertreterinnen und Vertreter, die Landesliste für die Bundestagswahl aufzustellen.

Gewählt wurden 10 Listenplätze. Die VertreterInnenversammlung wählte Dr. Petra Sitte als Spitzenkandidatin mit 90 Ja-Stimmen auf die Landesliste zur Bundestagswahl. Weiterhin wurden gewählt Jan Korte (Platz 2), Katrin Kunert



sie stehen nicht allein. Sie haben die Unterstützung unserer gesamten Landespartei, damit natürlich auch die Unterstützung der Landtags- und Bundestagsabgeordneten, natürlich die der Genossen in den Kreisverbänden und Basisorganisationen. Dieser Wahlkampf ist genau wie die Bundestagswahl am 27. September die zentrale Herausforderung für unsere gesamte Partei in Sachsen-Anhalt und wie wir diese Aufgaben gemeistert haben, werden uns die Wähler bescheinigen.“

Den Beschluss, dessen Entwurf in der vorherigen Ausgabe des Linken Blattes abgedruckt war, fassten die Delegierten mit großer Einmü-

(3), Roland Claus (4), Rosemarie Hein (5), Harald Koch (6), Elke Reinke (7), Jörg Schindler (8), Bianca Görke (9), Christian Kunz (10).

In den Medien wurde vor allem über die Platzierung von Elke Reinke und der vorangegangenen Auseinandersetzung um den Listenvorschlag des Landesvorstandes berichtet. Matthias Höhn verteidigte den Listenvorschlag des Landesvorstandes und begründete ihn. Er stellte klar, dass es sich um einen Vorschlag des Landesvorstandes handelt, die Entscheidung, wer auf unserer Liste kandidiert, trifft ausschließlich die Vertreterversammlung. Dem Vorschlag waren Ge-

1. Mai - wir waren dabei

Auch im Jahr 2009 war die Linke zahlreich an ihrem Stand auf der Peissnitz vertreten. Viele Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl am 7. Juni diesen Jahres nutzten die Gelegenheit, mit Bürgerinnen und Bürgern über die Politik der LINKEN ins Gespräch zu kommen.



spräche mit den Kreisvorsitzenden und den Kandidaten vorausgegangen. Den Vorwurf, mit Elke nicht bereits schon im Vorfeld über die bestehenden Kritikpunkte gesprochen zu haben, wies er zurück. Auch Petra Sitte wies darauf hin, dass es seitens der Bundestagsabgeordneten zahlreiche Gespräche, aber vor allem auch Hilfsangebote an Elke gab. Die Wahlergebnisse zeigten, dass diese Personalentscheidung keine Einfache war. Die Mehrheit der Delegierten entschied sich für Rosemarie Hein auf Listenplatz 5, Elke Reinke wurde auf Listenplatz 7 gewählt. Die genauen Wahlergebnisse und Reden können auf der Internetseite des Landesverbandes nachgelesen werden. Für den Stadtverband Halle kann ich feststellen, dass die Spitzenkandidatur von Petra Sitte auch ein gutes Signal für unseren Wahlkampf im Bundestagswahlkreis ist. Nun gilt es die Kräfte auf den Wahlkampf zu konzentrieren.



Fraktion vor Ort: **DIE LINKE.**
IM BUNDESTAG

**Aufstellen,
warm laufen,
durchstarten**

**Was braucht der Sport?
Was wollen wir?
Was ist zu tun?**

Öffentliche Diskussion im Stadthaus,
Großer Saal

Mittwoch, 19. Mai 2009, 18:30 Uhr

mit

- ***Dr. Petra Sitte**, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion
- ***Katrin Kunert**, Kommunal- und Sportpolitische Sprecherin
- ***Wulf Gallert**, Vorsitzender der Landtagsfraktion

Moderation **Ute Haupt**, Stadträtin